

# Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtli. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Veröffentlichungsweise: täglich (nur Werktag).  
Bezugspreis: monatlich 8.90 Mark einschl. Postbestellgebühr  
oder Bringerlohn.  
Telefon Nr. 82. — Postcheckkonto 24915 Frankfurt o. M.

Gegründet 1838.

Berantwortlicher Redakteur Hans Knibbe,  
Druck und Verlag der Firma Schmidtscher Verlag und Buchbinderei  
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6gepoltenen 8-Millimeterzeile oder deren  
Rahm 70 Vdg. Die 91 mm breite Reklamezeile 2.10 Mr.  
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.  
Anzeigen-Kunstgut bis 5 Uhr nachmittags des Vorstages.

Nummer 157

Limburg, Montag, den 12. Juli 1920.

83. Jahrgang

## Großer deutscher Sieg im west- und ostpreußischen Abstimmungsgebiet.

Wagners Telegraphisches Korrespondenzbüro in Frankfurt a. M. telephoniert heute vormittag 7 Uhr 30 Min. folgende vorläufigen Abstimmungsergebnisse.  
Dortmund 5936 deutsche 15 polnische Stimmen  
Stadt und Kreis zu 25 824 207  
Bielefeld 3 401 " 4 "  
Münster 3 913 " keine "  
Osnabrück 21 885 " 1 "  
Lüneburg 3 500 " 500 "  
Hannover 16 227 " 352 "  
Braunschweig 59 827 " 29827 "  
In 118 Ortschaften entschied sich für Deutschland; nur 16 entanden für Polen.  
Vorläufige Stadt 4909 deutsche 3 polnische Stimmen, Kreis 1700 (vorläufig, 20 Gem. fehlen noch) Ergebnis 28 923 für Deutschland 9 für Polen. Land (vorläufig) 84 Bezirke ohne eine Stadt, Ergebnis 11 484 deutsche und nur 20 polnische Stimmen.

## Spaa.

Spaa, 9. Juli. (WTB.) Bericht über die Vorberatung vom 9. 7. Die Konferenz ist um halb 11 Uhr zusammengetreten. Präsident Delacroix forderte die deutsche Delegation auf, ihre Antwort, die sie sich für heute vormittag vorbehalten hat, betreffend Unterzeichnung des Protokolls mitzuteilen, dessen Text allen Delegierten durch das Generalsekretariat zugestellt worden sei. Die deutsche Delegation erklärte sich bereit, das Protokoll zu unterzeichnen, setzte aber ausseinerhand, daß sie das Protokoll mit den durch die Alliierten auferlegten Strafbestimmungen im Falle der Nichtausführung der Bedingungen dem Reichstag unterbreiten möchte. Lloyd George erklärte im Namen der Alliierten, daß das Protokoll tatsächlich zweierlei Maßnahmen ins Auge faßt, die einen seitens Deutschlands, die andern seitens der Alliierten. Er sehe nicht ein, was der Reichstag mit den Strafbestimmungen zu tun habe, während etwaige Abänderungen den Alliierten zugestanden und übrigens ausdrücklich bereits in dem Schlusshauptsatz des Protokolls vom 10. 1. 1920, das Deutschland unterzeichnet habe, vorgesehen sei. Der Ratschlag nahm die Argumentation von Lloyd George an und erklärte dann, daß die deutsche Delegation das Protokoll unterschreiben würde. Die Sitzung wurde einige Minuten unterbrochen, um das Protokoll zur Unterschrift fertig zu machen und wurde um 12 Uhr mittags wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Angelegenheit der Schuldigen. Der deutsche Justizminister Dr. Heimz setzte auseinander, wie weit das Verfahren gegen die Schuldigen vor dem Reichsgericht Leipzig vorgeschritten sei. Lloyd George gab der Ansicht Ausdruck, daß die Frage noch nicht soweit gefördert sei, um in der Konferenz besprochen zu werden. Es mußte vorher eine Zusammenkunft zwischen den zuständigen deutschen und alliierten Ministern stattfinden. Wenn sie nicht zu einer Vereinbarung gelangen sollten, würde die Angelegenheit wieder vor die Konferenz kommen. Die deutsche Delegation hat dem Verfahren zugestimmt und anerkannt, daß Deutschland ebensoviel Interesse wie die Alliierten daran hat, die Verbrechen gegen die Kriegsgefechte zu bestrafen.

Berlin, 9. 7. (WTB.) Die Sonderbesprechung des Justizministers fand um 3 Uhr nachmittags im Schloß de la Freineuse statt. Die Beratungen führten zu einem Abschluß eines Übereinkommens. Es wird dadurch dem deutschen Reichsgericht der direkte Verleih mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges ermöglicht. Das Abkommen wurde in der späteren Vollversammlung genehmigt und unterschrieben.

Die Vollversammlung trat um halb 5 Uhr zur Besprechung der Kohlenfrage zusammen. Die Delegierten waren von einem militärischen Stab von Sachverständigen begleitet. Der französische Ministerpräsident Millerand machte lange Ausführungen im Namen der Alliierten, die darin wußten, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen, zu denen es nach dem Friedensvertrag verpflichtet sei, im Rückstande sei. Die Alliierten hätten deshalb bestimmte Beschlüsse getroffen, die sie Deutschland zur Unterzeichnung vorlegten. Nach dem Beschluß der Alliierten wird

1. den Kohlenanforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Forderungen gesichert,  
2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geforderten Kohle zu überwachen und zu bewirksamen zu machen,  
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission gezwungen,  
4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht in stande sei, die eingehenden Besprechungen mit den Sachverständigen der Alliierten sich zu äußern. Es wurde daraufhin eine Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr angegesetzt.

## Die uns gemachten Zugeständnisse.

Paris, 9. Juli. (WTB.) Nach einer Depesche des „Echo de Paris“ aus Spaa wurden Deutschland bezüglich der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages folgende Zugeständnisse gemacht, die die Mitteilungen über die getroffenen Entscheidungen vervollständigen:

1. Nicht eingeschlossen in die 4000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschlands genehmigt sind, sind die Aerzte und Veterinäre, deren Zahl auf 3000 bzw. 200 festgesetzt wurde.
2. Nicht eingeschlossen sind ferner in die genannten 4000 Offiziere 735 Verwaltungsoffiziere.
3. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Millionen Patronen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsvorrat durch eventuelle innere Kämpfe entstehen können.
4. Eine geringfügige Erhöhung der Zahl der Mannschaften gewehre, sodass alle Formationen in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Deutschland hatte außerdem ein fünftes und sechstes Zugeständnis verlangt für Vermehrung der Waffen und Munition derart, daß alle Formationen Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen und einen Angriff zurückweisen könnten, ferner die Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit, mit der Garantie, daß man diese Begünstigung nicht missbrauchen werde, um eine große Anzahl Deutschen militärisch auszubilden. Diese beiden letzten Verlangen sind nicht gewährt worden. Andererseits erhielt Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie zu unterhalten.

## Zur Kohlenlieferungsfrage.

Paris, 9. Juni. (WTB.) Bezuglich der Ausführungen der Bestimmungen über die Kohlenlieferungen durch Deutschland glaubt man zu wissen, daß die alliierten Delegierten in Spaa einerseits die Errichtung einer besonderen Kommission in Berlin verlangen werden, die die Produktion die Lieferung und Verteilung zu kontrollieren hätte, und andererseits die Einsetzung von alliierten Kommissären auf den beiden Schlussstationen der Ruhrbediens.

## Die Behandlung der Kohlenfrage.

Spaa, 10. Juli. Die heutige Nachmittagssitzung hat kein abschließendes Ergebnis der Kohlenfrage gebracht. Sie verließ folgendermaßen: Herr Simons wies nach, daß der Friedensvertrag den Alliierten kein Recht zu Gewaltmaßregeln wegen der Kohlenfrage gebe. Abgesehen davon sei es überhaupt nicht praktisch zu distillieren, weil die Deutschen in der Kohlenfrage und in den anderen Fragen bestimmte Vorschläge zu machen hätten, die für die Alliierten befriedigend seien, ohne dabei die Lebensfähigkeit Deutschlands auszuschließen. Er schlage vor, für die Wiedergutmachung einer Kohlenkommission und drei Sonderkommissionen einzuhören, die erste für die technischen Fragen der industriellen Leistungen, die zweite für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete und eine dritte für die wirtschaftlichen Fragen — der Finanzierung der deutschen sozialen Arbeitsleistungen und der internationalen Geldzahlungen überhaupt. Die Kohlenfrage sei für alle Beteiligten ein zentrales Problem. Sie könne nur im Einvernehmen mit den Unternehmen und Arbeitern gelöst werden. Herr Dr. Simons bat daher, die anwesenden Vertreter der Unternehmer und Arbeiter, Herr Stinnes und Herr Hue, wegen der gestrigen Entscheidung der Alliierten zu hören.

Darauf wurde dem Großindustriellen Stinnes das Wort erteilt. Er führte aus, welche Leistungen der Bergbau durch Erfüllung der Forderungen der Entente bereits gemacht habe und was weiterhin zur Förderung der Erzeugung der Kohle in Aussicht genommen sei. Er wandte sich scharf gegen die Methode der Drohung und wies darauf hin, daß ein Einmarsch in das Ruhrgebiet die Erzeugung sofort wesentlich verringern werde. Die Bemühungen des deutschen Bergbaus würden durch die militärischen Bedingungen vom 9. Juli außerordentlich erschwert, weil diese nur unter schweren Unruhen in der geforderten Form durchführbar seien. Der Eintritt von Unruhen werde die Produktion töten, und der Ausfall an Produktion werde auch auf die Alliierten zurückfallen.

Hierauf wurde dem Bergarbeiterführer Hue das Wort erteilt. Er erklärte, daß der deutsche Bergarbeiter, obwohl er durch jahrelange Blockade entkräftet sei und unter ungünstigen sanitären Verhältnissen lebe, entschlossen sei, die Mehrförderung an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Überhöchungen zu erzielen, daß aber die Arbeiterschaft Deutschlands, ebenso wie diejenige aller Alliierten am Ziele des Sechsstunden-Arbeitsstages unbedingt festhalte. Die Kohlenförderung sei ein internationales Problem und müsse durch eine internationale Vereinbarung geregelt werden. Die deutschen Bergarbeitervertreter seien gern nach Spaa gekommen, um dabei mitzuverarbeiten. Den Alliierten sollten nicht glauben, daß die Diplomaten, am grünen Tisch etwas festsetzen könnten, wenn die Arbeiterschaft nicht bereit sei, es auszuführen. Er hoffe, daß die Alliierten bald in Kommissionsberatungen eintreten zur Besprechung des Wiederaufbaus Frankreichs und Europas.

## Was die Unruhen lagen.

Berlin, 10. Juli. (WTB.) Im Haushaltungsausschuß des Reichstags machte Staatssekretär Albert über die Vorgänge in Spaa folgende Mitteilungen: Der Reichswehrminister wird nachher ausführlich sprechen. Ich will mich deshalb darauf beschränken, den allgemeinen Einfluß dessen zu schildern, was wir in Spaa erlebt haben. Es war lediglich eine Fortsetzung der Diktate, die in Versailles

begonnen haben, es war das Ergänzungsdiktat zu dem in Versailles diktatierten Frieden. Das zeigte sich schon bei der Ausstellung des Programms. Der Reichslandrat hat nicht, wie in der Presse lebhaft behauptet wurde, einen Wint bekommen, daß die militärischen Fragen zuerst herangetragen würden. In Gegenseit, die Regierung dachte, daß die militärischen Fragen erst später zur Verhandlung kommen würden. Die Entente entschloß sich für dieses Verfahren auch erst am letzten Tage, und zwar lediglich aus taktischen Gründen. Daß es sich lediglich um ein Diktat handelte, ersicht man auch aus Art, wie die Verhandlungen geführt wurden. In unserer Presse wurde vielfach gehauert, unsere Delegation hätte diesen oder jenen Punkt mehr hervorheben müssen. Es wurde insbesondere die Frage aufgeworfen, warum die Frage der Sicherheitswehr nicht energischer behandelt wurde. Demgegenüber ist zu bemerken, daß wir keinerlei Verhandlungen und Entschlußfreiheit hatten. Der Vorsitzende führte die Verhandlungen mit rigoroser Scharfe, indem er nur das zu erörtern gestattete, was er erörtern haben wünschte. Die Leitung hatte Lloyd George, wenn auch formell der belgische Minister Delacroix den Vorsitz führte, wie jetzt die Verhandlungen über die Kohle in den Händen Millerands liegen. Es ist vielleicht der Eindruck entstanden, als ob sich die ganzen Verhandlungen um die 200 000 Mann unserer Reichswehr gedreht hätten. Das war vom Standpunkt Lloyd Georges aus nicht der springende Punkt. Der springende Punkt war vielmehr die Entwicklung der Bevölkerung, das Herausholen der Waffen aus der Bevölkerung. Gelegentlich fiel sogar die Bemerkung, daß gegenüber dieser Frage die Zahl der Reichswehrtruppen an Bedeutung zurücktrete. Dieser Punkt kann nicht leicht genug in den Vordergrund gestellt werden, denn er bildet den Dreipunkt der ganzen Verhandlungen. Es ist dann ein Abkommen zustande gekommen, das die Herren kennen. (Widerspruch.) Ich habe leider den Wortlaut nicht hier. Ich war meiner Sache sicher, daß das Wolfsche Büro den Wortlaut der Bedingungen veröffentlicht hätte, die uns vorgelegt worden sind. (Zurufe: Diese Bedingungen sind allerdings bekannt.) Das Abkommen enthält im Wesentlichen diese Bedingung, das ist unterschrieben worden. Dabei war für die deutsche Delegation von wesentlicher Bedeutung, die Androhung der Alliierten, das Ruhrgebiet zu besetzen, falls die Bedingungen nicht erfüllt würden. Havas hat verbreitet, die Deutschen waren vor die Frage gestellt worden: Ja oder Nein! und die deutsche Delegation hätte alles ohne Vorbehalt unterschrieben. In Wirklichkeit liegt die Sache folgendermaßen: Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Recht der Alliierten zum sofortigen Einmarsch entgegen dem Friedensvertrag von Versailles unter seinen Umständen unterschreiben könnte, einmal, weil dies dem Friedensvertrag widerspreche und weil es dem Geiste der Verhandlungen widerspreche, die auf der Basis des Friedensvertrages geführt würden, zweitens aus dem formalen Grunde, weil zur Anerkennung des Friedensvertrages die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren Deutschlands notwendig gewesen wäre. Um diesen Punkt drehte sich auch die nochmalige sehr scharfe Auseinandersetzung. In der letzten Sitzung wurde eine Formulierung gefunden, die diesem Standpunkte der deutschen Regierung Rechnung trägt, insofern, daß der Schlussatz lautet: Die deutsche Delegation nimmt von der Entscheidung der alliierten Regierungen Kenntnis und wird die Bedingungen ausführen, soweit die deutsche Regierung in Betracht kommt. Diese Fassung wurde gewählt, um dadurch klarzustellen, daß der dritte Punkt, die Sanction, bei dieser Formulierung nicht durch die Unterschrift bedeckt ist.

## Pressestimmen.

Berlin, 9. Juli. (WTB.) Die Abendblätter willigen die Unterzeichnung der Entwaffnungsbedingungen durch die Deutschen in Spaa, indem sie betonen, daß ein anderer Ausweg nicht möglich war. Die „Germania“ hebt hervor, daß sich die Deutschen nur dem Zwange gefügt hätten und daß die Verantwortung für die Folgen der Entente überlassen werden müsse. Die Drohung der Besetzung des Ruhrgebiets nennt das „Berliner Tageblatt“ eine Politik mit dem Revolver in der Hand, die die Ebbitterung in Deutschland noch vermehrt. Der „Vorwärts“ sieht die Entwaffnungsbedingungen für ein Zeichen des noch in den Entente-ländern herrschenden militärischen Geistes an, der in Deutschland den Militarismus in allen Schlupfwinkeln sucht. Das Blatt fragt mit Bezug auf die Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets, wo der Völkerbund sei, der zum Schutz des Friedens und zur Beilegung internationaler Streitigkeiten ohne militärische Gewaltanwendung dienen solle.

Berlin, 10. Juli. Zum erstenmal hörte man gestern in Spaa, wie im „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, einen Franzosen in offizieller Verhandlung mit einem Deutschen. Zum erstenmal hatte Millerand den Vorsitz übernommen. Die Atmosphäre änderte sich mit einem Schlag. Die Kohlenfrage wurde verhandelt. Ein schwerer Tag! In der Kohlenfrage wurde das scharfe Expressionsverfahren fortgesetzt. Ursprünglich beabsichtigte Frankreich im Ruhrgebiet Kontrollkommissionen einzusetzen, und zwar sechs Hauptstellen und zwei Hofsensopladestellen, insbesondere in Ruhrort, also eine Art wirtschaftliche Besetzung. Die Engländer waren dagegen. Nunmehr kommt die Überwachungskommission nach Berlin.

Schon die Art, wie die Kohlenfrage angeschnitten wird, so heißt es in der „Kreuzzeitung“, zeigt, daß auch hier die Blutjäger zugreifen, gleichviel ob unsere Industrie zu Grunde geht, ob Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen entsteht und schließlich die letzten Kohlen aus dem Schacht geholt werden.

Das deutsche Volk hat in weiten Schichten, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, bisher noch immer nicht recht erkannt, was es bedeutet, einen großen Krieg gegenüber einer Weltallianz verloren zu haben. Jetzt erst beginnen sich allmählich die Folgen bemerkbar zu machen. Wer heute dem deutschen Volke nützen will, kann nichts anderes tun, als diese Tatsache möglichst oft auszusprechen und daran den Wunsch knüpfen, daß sich Deutschland sein größtes Gut erhalten möge, das allein es vor dem völligen Untergang bewahren kann: den inneren Frieden.

Auf alle Fälle wird die deutsche Regierung, wie die „Deutsche Tageszeitung“ ausführt, um das Mögliche für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu tun, mit der durchgreifenden Entwaffnung der radikalsten Elemente anfangen und sie rücksichtslos bis zum Erfolge fortzusetzen haben.

Wie die „Germania“ zuverlässig erfährt, traf in den Morgenstunden bei der Reichsregierung in Berlin ein Telegramm aus Spa an, wonach unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen sei, sondern vielmehr die Einschaltung schwerer Waffen und Entmilitarisierung. Sonach würde also die Sicherheitswehr als eine Polizeitruppe fortbestehen.

### Ein neutrales Urteil über Spa.

Rotterdam am 9. Juli. (WTB.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt über die Konferenz in Spa: Die Deutschen sollten als Gleichberechtigte an der Konferenz teilnehmen und als Gleichberechtigte verhandeln. Jetzt ist Deutschland schlimmer daran als ein Angeklagter vor Gericht. Dieser Tage haben wir gezeigt, die Art und Weise, mit der die Konferenz die Schwierigkeiten in der Entwaffnungsfrage lösen werde, werde dem Schluss zulassen, auf ein Gelingen oder Fehlschlagen der weiteren Verhandlungen. Jetzt wissen wir, daß die Alliierten Erfolge erstreben, die so groß und wertvoll sind, daß sie keine Früchte bringen werden, denn sie sehen das Beil an das Mark des Baumes, der diese Früchte hervorbringen soll.

### Der Weg der Vernunft.

Amsterdam, 8. Juli. (WTB.) Im letzten Aufschluß seiner Artillerie über Deutschland zieht der bekannte englische Politiker Gardiner die Schlüssefolgerungen, die sich aus diesen Untersuchungen ergeben und schreibt:

Die Franzosen haben zweierlei Ziele, die sich miteinander nicht vereinigen lassen. Das erste war, Deutschland zu zerstören und in Stücke zu brechen, es mit einem „Sanitätsfordon“ von Feinden zu umgeben und ihm die Quellen seiner Macht und seines industriellen Lebens zu nehmen. Das zweite Ziel war, von Deutschland ungezählte Milliarden zu erlangen. Deutschland sollte zuerst zerstört werden und dann bezahlt. Aber nicht allein Deutschland sollte zerstört werden. Frankreich hatte vor dem Kriege große Summen in Rußland angelegt und die russische Revolution sollte diese Gelder gefährden. So haben denn lange vor Kriegsende die Staatsmänner des republikanischen Frankreich mit Hilfe von Lloyd George und Churchill mit englischem Geld und englischen Waffen Krieg gegen das republikanische Rußland geführt.

Das von der französischen Politik zur Vernichtung Rußlands auf der einen und Deutschlands auf der anderen Seite angewandte Instrument ist Polen. Diese unternehmende Macht ist unter Leitung französischer Generäle in ein großes militärisches Gibraltar verwandelt worden, um nach Osten hin Rußland und nach Westen hin Deutschland niederrzuhalten. Frankreichs Felder sind verwüstet, sein Panzerott ist untragbar, aber es hat Geld im Überfluss für militärische Raubzüge in Rußland und wird keinen Mangel an Geld haben, wenn die französische Politik es für gut findet, daß es sich gegen das entwaffnete Deutschland wendet. Gerade jetzt ist Frankreich, wie ich bei meinen Untersuchungen festgestellt habe, dabei, eine gewaltige Propaganda in Oberschlesien zu treiben, damit dieses Rohstoffgebiet sicher an Polen fallen möge, um so die wirtschaftliche Schlinge um Deutschland enger zu schmüren.

Diese Deutschland gegenüber verhängnisvolle Politik der militärischen Einreisung und der wirtschaftlichen Erdrosselung einerseits und unbegrenzter finanzieller Ansprüche andererseits, hat Europa zum Verderben gereicht. Zur Hälfte liegt es in Trümmer. Der Rest wanzt, und wenn das gebrochene Mittelstüd zusammenbricht, wird der Ruin vollständig sein und Frankreich würde die Katastrophe nicht lange überleben.

### Codernde Liebe.

Roman von Erich Eichenstein.

(Nachdruck verboten.)

„Ach, das gewöhnt sich bald. Man muß nur immer daran denken, daß man eben damit einem Menschen hilft, ihm seine geraden Glieder, oft sogar das Leben erhält. Dieses ideale Moment im Beruf des Arztes, siehst du, das ihm alles leicht erscheinen läßt, hilft auch mit immer rasch über das erste Grauen hinweg. Ganz kleine Sachen darf ich sogar selbst machen, wenn Alfred nicht gerade daheim ist, und die Sache Eile hat. Zum Beispiel Schnittwunden verbinden, ungefährliche Blutungen stillen, harmlose Medikamente verabreichen. Denn wir haben ja auch die Apotheke, wie du weißt, und die ist ganz meiner Obhut anvertraut. Natürlich habe ich mich anfangs tüchtig zusammen nehmen müssen, denn Alfred hat nicht viel Geduld zu langen Erklärungen. Da bat ich ihn um Bücher zur Einführung, und nun geht es ganz gut!“

Und das macht die Spoh?“

„Spoh?“ Martha Renner lachte. „Es muß eben sein! Ihr in der Stadt hier habt es leicht! So viel Ärzte und Apotheken, Bandagisten, geschulte Handlanger — alles, was man braucht, gleich zur Hand! Aber bei uns dagegen, wo es oft am Nötigsten fehlt! Dazu habe ich noch die Wirtschaft mit Obst- und Gemüsegarten, einer Menge Heilpflanzen und drei Schweine. Na — die Zeit wird mir nicht lang, das kann ich dir schon sagen! Aber wunderschön ist's doch! Du mußt mich einmal besuchen kommen, Daniela! Unser Häuschen — Alfred hat es von seinem Vorgänger auf Abzahlung übernommen — liegt an einem Abhang und hat herrliche Aussicht. Dahinter ist Wald. Da haben wir uns allerliebst Plätzchen angelegt — nicht wahr, du kommst einmal für ein paar Wochen?“

„Vielleicht?“ sagte Daniela zerstreut.

„Woran denkst du? Warum ziehst du die Stirn so kraus? Du bedauerst mich doch nicht etwa?“

„Das nicht gerade, Martha. Aber ich bin froh, daß Egon in der Stadt lebt! Ich hätte gar kein Talent, seinen Assistenten zu spielen — und noch weniger Lust dazu! Mama

vielleicht ist es schon zu spät, die finanzielle Katastrophe zu vermeiden. Aber wenn es noch Zeit ist, dann gibt es nur ein Altheilmittel: Die französische Politik, die Europa in die heutige Lage gebracht hat, umg vollständig in ihr Gegenteil verwandelt werden. Die Diktatur über Europa muß den Händen Fochs entzogen werden und die Politik, die vor 18 Monaten durch Paris hätte eingeleitet werden sollen, muß in Spa zur vollen Geltung gebracht werden.

Diese Konferenz bietet Europa die letzte Rettungsmöglichkeit. Ein ganz neuer Geist muß zur Herrschaft kommen. Die Zeit des Auflegens unmöglich Bedingungen an den Feind ist vorüber. Deutschland muß als Schuldner behandelt werden, seine Verbindlichkeiten müssen festgestellt werden, nicht entsprechend den rhetorischen Phantasien von Demagogen, die nach ihren Wählern schielen, sondern auf Grund sachfundiger Untersuchungen entsprechend der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des Schuldners.

Aber Spa ist nur ein Anfang. Viele wichtige Dinge müssen erreicht werden. Der Oberste Rat hat schon zu lange gelebt. Diese Gruppe unverantwortlicher Männer, die Europa dauernd in Flammen hält, ist keine Vertretung der europäischen Demokratie. Der Oberste Rat ist nichts weiter mehr als ein Organ, das die Decrete des Marschalls Foch ausführt, wobei Churchill die Kanonen, Lloyd George den läunischen Rebel, Bonar Law die Dementis liefert. Der Oberste Rat ist eine Beleidigung für England und eine Gefahr für die Welt. Er, seine Stelle muß ein Rat Europas treten, ein Rat, worin Gleichberechtigte für ihre gemeinsame Rettung arbeiten. Die Tätigkeit dieses Rates muß mit der des Völkerbundes verschmolzen werden. Wenn die französische Politik aufgegeben wird, dann wird der Völkerbund automatisch auf den Plan treten, und nur durch den Völkerbund kann der Friede der Welt gesichert werden. Wenn das erreicht wird, dann wird das Scheitern von Wilsons Politik in Paris später nur noch als sichtbarer, zeitliche Verirrung der Staatsmänner in Erinnerung fortleben, wodurch schließlich der Triumph der Vernunft nicht verdunkelt wird. Aber — und das ist das letzte Wort, das ich von der Beobachtung der Tragödie Europas mitbringe — Amerika darf seine Hilfe nicht verweigern, es muß seinen Anteil an dem großen Befreiungswerke der Menschheit übernehmen, das doch in Amerika seinen Anfang genommen hat.

### Die demokratische Landtagsfraktion.

Berlin, 10. Juli. Die Demokratische Fraktion der preußischen Landesversammlung hat anstelle ihres verstorbenen Fraktionsvorsitzenden Dr. Friedberg den bisherigen zweiten Vorsitzenden Oberbürgermeister Dominicus zum Vorsitzenden gewählt und als seinen Nachfolger den bisherigen dritten Vorsitzenden Schmidl bestimmt. Als 3. Vorsitzender wurde der Abg. Otto gewählt.

### Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Halle, 10. Juli. Nach Mitteilungen des Präsidiums des thüringischen Ernährungsamts werden in Thüringen zum 1. Oktober die Viehhandelsverbände aufgehoben.

### Die standesherrlichen Bergregale.

Berlin, 10. Juli. Der Ausschuß der preußischen Landesversammlung für Handel und Gewerbe nahm den Gesetzentwurf zur Überführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat an. Gegen den Entwurf stimmten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, weil sie es für unverantwortlich erklärten, in der jetzigen Zeit den Regalherren noch weitere Jahrzehnte unverdiente große Einnahmen durch die vorgesehene Entschädigung zu verschaffen.

### Zulassung der Frauen zur Justiz.

Der Rechtsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet den Antrag Friedberg und Genossen (D. m.) über die Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und zur zweiten juristischen Prüfung. Dazu war von dem Abgeordneten Heilmann (Soz.) und Lichtenstein (U. Soz.) der Zusatzantrag gestellt, gewäß der Reichsverfassung die gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen, welche die Zulassung von Frauen als Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwälte entgegenstehen. Für die Antragsteller betonte Frau Dr. Drine (Dem.), daß es ihnen vor allen Dingen darauf ankomme, sofort ein praktisches Resultat zu erreichen; die Frauen, die die erste juristische Prüfung bestanden hätten, müßten sofort zum juristischen Vorbereitungsdienst zugelassen werden. Alles andere könne man später regeln. Es ergab sich im Ausschuß Überein-

stimmung darüber, daß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen Frauen mit selbständigen richterlichen Funktionen oder einer selbständigen Tätigkeit als Gerichtsräte betraut werden könnten, und es ergab sich die Frage, ob dem durch einfache Anweisung des Hauses am besten durch einen Rechtsminister auffordert, Frauen unter den Voraussetzungen wie Männer zu den juristischen Richterstellen zugelassen, ohne daß sie dadurch die amtlichen Stellungsreferendare und Assessoren erhalten, was nach dem der Gesetzgebung nicht zulässig wäre. Die Rechtsministermann-Lichtenstein wurde gegen die Stimmen der beiden demokratischen Fraktionen und der weiblichen Mitglieder übrigen Parteien abgelehnt.

### Die U. S. P. D. zur 3. Internationale der Bolschewisten.

Berlin, 9. Juli. Wie der „Vorwärts“ dieser Taget, rückte die U. S. P. D. an den zur Zeit in tagenden Kongreß des Volksausschusses für die dritte Internationale das Eruchen um Aufnahme. Der Kongreß zehn Punkte als Bedingungen für den Eintritt der U. S. P. D. in die dritte Internationale auf, deren Vereinigung der Unabhängigen mit den deutschen Kommunisten geboten wurde. In einer Konferenz der Führer der U. S. P. D. wurde beschlossen, diesen Punkt abzulehnen selbst auf die Gefahr hin, daß die U. S. P. D. von der Internationale ausgeschlossen würde.

Zu den Bedingungen, von deren vorbehaltloser Annahme die Bolschewisten die Aufnahme der Unabhängigen in die dritte Internationale abhängig machen, „Vorwärts“ gelagt: Die deutschen Arbeiter, die vielleicht von einer kommunistischen Partei trümmern, werden überzeugt sein, wenn sie den russischen Auffassung lernen lernen, die den reißenden auf sozialistische Methoden zur Erreichung des Sozialismus und ihre Erreichung durch den geistigen Appell an die Klassenkämpfe durch den Bürgerkrieg hinaus.

### Die Vernunft siegte.

Berlin, 10. Juli. (WTB.) Auf der in Halle gehaltenen Konferenz der revolutionären Betriebsgewerkschaften und Betriebsräte der Unabhängigen Deutschlands zeigte nach heftiger Debatte die Ausschüsse gegenwärtig unter allen Umständen einen Generalstreik vermeiden.

### Schön und schmerzlich zugleich.

Friedrichshafen, 9. Juli. (WTB.) Am mittag machte das neueste größte Zeppelin-Luftschiff das vor Ausbruch der Revolution von der Verwaltung in Auftrag gegeben, und erst jetzt festgestellt worden ist, seine erste glänzend verlaufene Probefahrt Luftschiff muß in Nähe an Frankreich abgelöst werden.

### Deutsche Gesinnung an der Saar.

Die deutsche Gesinnung der Bewohner des Saarlandes äußert sich immer mit erstaunlicher Offenheit. Einmal aus vielen, ganz regelmäßigen: In der Saarbrücker Zeitung finden wir einen Aufsatz von Jakob Kraus über „Das Preußen und die chemische Gesellschaft Nassau-Saarwerth“ worin mit der Geschichtslitteratur Tordius und Cäsar aufgeräumt wird. Der Aufsatz kommt zu folgendem Ergebnis: Man kann darüber streiten, ob wir Saarländer oder gute Preußen waren, gute Deutsche waren wir immer. Moos und Eichhorn den deutschen Volkverein schufen, zugleich mit den Schlagdämmen der vielen Kleinstaaten jene engherzige Gesinnung nieder, die wie der böse Wasserglas um die Grenzfähre im Kreis ging, schuf die Grundlage, auf der sich ein gemeinsames, deutsches Gefühl auswirken konnte. Die Linie geht von da über nach 1918. Dem Einheitsstaat gehört die Zukunft. Sollten nur Preußen, Bayern, Württemberger sein, um da sein zu können. Lehren wir nach 14 Jahren nicht den Einheitsstaat zurück, so doch an der Hand Preußens den deutschen Bundesstaat. Aber zurück lehren wir, das Selbstbestimmung gebrauchend, das der Versailler Vertrag

„Weil er mir heute mittag, während du draußen sagtest, daß er morgen den schwersten und wichtigsten Seines Lebens habe. Er will, glaubte ich, an einer Operation vornehmen, die vor ihm noch sehr gewagt hat. Es handelt sich —“

„Das interessiert mich nicht. Nur wie sie heißt?“ brach sie Daniela hastig. Ihre Augen funkelten plötzlich etwas Gespanntes lag in ihren Augen. „Weißt du, hat er dir ihren Namen gesagt?“

„Nein!“

„Dann bitte, frage ihn doch. Mir sagt er —“

„Er wird es mir keinesfalls sagen, da er mir davon, ihren Namen zu erfahren, wenn dich der Fall interessiert.“ fragte Martha Renner immer staunter über Daniels seltsame Erregung.

„Ich — ich —“ Daniels Augen irrten an der Wand vorüber, „ich möchte es eben so furchtbar gerne verschlossen.“

Grau Moritz schüttelte verwundert den Kopf, du für eine neugierige kleine Frau bist! Aber sießt du Gefallen kann ich dir wirklich nicht tun. Was mußt du mir mit denken?“

„Das ist doch gleichgültig!“

„Mit nicht, Daniela! Ich schaue deinen Mann ordentlich hoch, und an seiner Achtung liegt mir viel.“

„Dann lasst es bleiben,“ sagte Daniela scharf und wütend. „Etwas von „nettter Freundschaft“ murmelte sie das Zimmer.

Sie blieb den ganzen Nachmittag verstimmt gegen Freunde. Als Heidlos abends heimkam, war ihre Frage: „Du hast doch nicht vergessen, daß morgen die Feierlichkeit bei Isolde ist, Egon?“

Sie war ihm dazu auf dem Fuß gefolgt, als er in sein Ordinationszimmer ging, um dort wie gewöhnlich zu legen.

(Fortsetzung folgt)

## **Ist die Schändung der Kriegergräber auch Siegerrecht?**

Berlin, 9. Juli. (WTB.) Die Abendblätter geben eine Meldung der Baseler Nationalzeitung über die Schändung deutscher Kriegergräber auf dem Donon in den Vogesen wieder. Alle Gedenktafeln seien herausgerissen und die Einäscherungen der Gräber zerstreut. Wie das Straßburger Blatt "Der Eläffer" schreibt, wurden sogar die Gebeine deutscher Gefallener gesammelt und mit einem Lastwagen fortgeführt. Die Schlachtfeldbesucher hätten die Totenschädel als Andenken mitgenommen.

## **Amerikaner verurteilen die schwarze Schmach.**

Am 14. Juli soll in der Berliner Universität von den in Berlin lebenden Amerikanern eine Protestkundgebung gegen die farbige Besatzung am Rhein stattfinden.

## **Polens Untergang in nächster Nähe.**

Kopenhagen, 10. Juli. (WTB.) Die "Nationalrunde" meldet aus Helsingfors: Aus Polen in Helsingfors einlaufende Nachrichten bestätigen, daß die militärische Lage Polens verzweifelt ist. Der russische Durchbruch am Przepet wird mit ungeheurer Kraft durchgeführt. Südlich davon bei Proszkow erfolgte am letzten Dienstag ein neuer Durchbruch. Auf der ganzen Front befinden sich die Polen in panikartiger Flucht. Von den Karpathen bis an die Beresina ist die polnische Front in Auflösung. Die Polen haben ein Heer von 300 000 Mann ausspielen können, das jetzt gegen eine mehrsäcige Übermacht kämpfen muß. Die russische Offensive nimmt folgende drei Hauptrichtungen: von Proszkow und Tarnopol gegen Lemberg, von Saslaw gegen Lemberg und südlich von Lublin und die dritte wichtigste von Moskau gegen Pinsk, Brest-Litowsk und Warschau. Letztere bedeutet für die Polen die größte Gefahr, da sie den polnischen Lebensmittelmarkt bedroht und den Feldzug mit Polens Untergang entscheiden kann.

## **Besiegung Dünaburgs durch die rote Armee.**

Riga, 10. Juli. (WTB.) Nach eingegangenen Nachrichten rückten die bolschewistischen Truppen südlich Dünaburg bis zur lettischen Front vor, durchbrachen die Verbindung zwischen lettischer und litauischer Front. Die litauische Regierung wurde von den bolschewisten ersucht, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestatten. Dünaburg, das von lettischen Truppen auf die Aufrichtung der Polen besetzt war, wurde von den Letten gesäumt und von den bolschewisten besetzt.

## **Die Dänen.**

Kopenhagen, 9. Juli. (WTB.) Heute vormittag fand unter dem Vorjüng des Königs ein Staatsrat statt, in dem der König den am 5. Juli in Paris unterzeichneten Vertrag mit den Alliierten betreffend Übergabe der Souveränität über Nordschleswig an Dänemark ratifizierte. Ferner unterzeichnete der König das Gesetz über die Einverleibung Nordschleswigs an Dänemark sowie eine aus diesem Anlaß zu eröffnende Botschaft an das Volk. Während der König die Unterzeichnung vornahm, gaben die Forts Salut und alle Kirchenglocken der Stadt begannen zu läuten. Später fand ein Festgottesdienst statt, dem die gesamte Königsfamilie bewohnte. Die Stadt hatte anlässlich der Einverleibung reichen Flaggensturm angelegt. Heute begibt sich der König auf der königlichen Yacht "Dannebrog" mit den Mitgliedern der Königsfamilie und der Regierung nach Nordschleswig wo er morgen die alte Grenze zu Pferde überstreiten wird.

## **Einreiseerleichterung in die Schweiz.**

Bern, 9. Juli. (WTB.) Der schweizerische Bundesrat gewährt weitgehende Erleichterungen für die Einreise und den Aufenthalt fremder Gäste nach bzw. in der Schweiz. Die Grenzkontrolle wird nunmehr sehr vereinfacht und die Grenzgebühren aufgehoben. Die Inlandskontrolle beschränkt sich auf eine einzige Anmeldung am ersten Aufenthaltsort. Im übrigen ist völlige Bewegungsfreiheit zugestellt. Die Abmeidestrafe ist ebenfalls aufgehoben. Diese Verfügung tritt am 15. Juli in Kraft.

## **Irland.**

Rotterdam, 10. Juli. (WTB.) Wie der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet, ist die Lage im Süden und Westen von Irland infolge Stodens des Eisenbahnverkehrs sehr ernst. In einer Anzahl von Städten ist vorsichtshalber die Rationierung eingeführt. Der Gemeinderat von Dublin hat mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die Beamten zu beauftragen, den Beamten der britischen Regierung keine Erlaubnis zur Untersuchung von Büchern zu erteilen oder Informationen zu geben, die sich auf Besteuerung beziehen. Solche Mitteilungen dürfen allein an die irische Republik gemacht werden.

## **Russland und England.**

Kopenhagen, 9. Juli. (WTB.) Der hiesige Korrespondent des Reuterschen Büros erfährt aus russischer Quelle, daß die russische Regierung darauf eingegangen sei, sofort Verhandlungen auf der Grundlage der von der britischen Regierung Krasin mitgeteilten Bedingungen aufzunehmen. Eine russische Abordnung wird in nächster Zukunft zu diesem Zweck nach England reisen.

## **Russland und wie es dort aussieht.**

Stockholm, 10. Juli. Hier trafen 145, bisher in Russland wohnende Schweden, darunter zahlreiche Frauen und Kinder ein. Die Heimkehrenden schildern durchweg die Lebensverhältnisse in Moskau und Petersburg als unerträglich. Eine Anzahl Metallarbeiter, die jahrelang in Russland gearbeitet haben, teilen mit, daß auch die erst vor einigen Monaten nach Russland ausgewanderten Metallarbeiter bereits zum größten Teil wieder zurückkehren wollen, da die Arbeits- und Lebensbedingungen sie vollkommen enttäuscht haben. Ausgegeben wird, daß in Moskau Ruhe und Ordnung herrscht und die Macht der Bolschewiki sehr stark ist. Bei den Dorfpatrioten Friedensverhandlungen verlangen jetzt die Russen mit einem Nachdruck eine Neutralisierung des finnischen Meerbusens zu Gunsten der Handelsfirma. — Die aus Russland zurückkehrende englische Arbeiterschaft delegation betont nach Londoner Meldungen in ihrem Bericht die Notwendigkeit eines sofortigen Friedensschlusses mit Russland. Die Blockade und die Intervention hätten in Russland einen glühenden Patriotismus wachgerufen und sogar erbitterte Gegner der

Bolschewiki an die Seite der dortigen Regierung gebracht. Dadurch sei diese in Stand gesetzt worden, eine große Armee zu errichten und einen Militarismus zu begründen, der eine große Gefahr für Westeuropa bedeutet. Der Bericht schließt mit den Worten: Fortsetzung der Blockade- und Interventionspolitik ist verbrecherisch und töricht und kann nur mit einer europäischen Katastrophe enden.

## **Italien.**

Mailand, 9. Juli. (WTB.) Eine Meldung der "Stampa" zufolge beabsichtigt Giolitti, nach der formellen Einreichung der Ratifikationsurkunden der Friedensverträge einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Annexion von Triest durch Italien proklamiert.

## **Vom Völkerbund.**

Ansterdam, 7. Juli. (WTB.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Harmworth, Präsident Wilson habe die Aufforderung des Völkerbundes, die Völkerbundversammlung im November einzuberufen, angenommen.

## **Japan.**

Ansterdam, 10. Juli. (WTB.) Nach einer Meldung der "Eastern Service" vom 4. Juli aus Tokio herrscht auf dem japanischen Zuckermarkt infolge eines großen Preissurzes eine Panik. Der Junitermin ist bis 15. Juli aufgehoben.

## **Lokaler und vermischter Teil.**

Limburg, den 12. Juli 1920.

\*\* Steibfall. Wie der "Nass. Bot." schon am Samstag melden konnte, erhielt Domkapitulat Greifswald Dr. Höhler von hier in den frühen Morgenstunden des Samstag einen Schlaganfall, der das alsbaldige Einscheiden des um seine Kirche verdienten geistlichen Würdigers zur Folge hatte. Er erreichte ein Alter von 73 Jahren.

(—) Pässe bei Einreisen ins besetzte Gebiet nicht vergessen. Im Gegensatz zu der seitigen milden Handhabung der Pauschalsteuer wurde gestern in Diez durch die Franzosen bei den Zügen wieder streng Pauschalsteuer vorgenommen. Für manch einen gab es unliebsame „zahlbare“ Folgen. Also Pässe nicht vergessen.

\*\* Die Ortsstrafenkasse des Kreises Limburg sah in ihrer letzten Vorstandssitzung den Beschluß, den ihr Versicherten die während der vertraglosen Zeit entstandenen Barauslagen voll zu erstatten.

\*\* Preispflichtung der Obst- und Gemüsepreise. In der heutigen Sitzung der Preispflichtungskommission wurden folgende Verkaufspreise festgesetzt:

Stachelbeeren	das Pfund	Mt. 1,80
Johannisbeeren	" "	1,50
Frühbirnen	" "	2,50
Wirsing	" "	1,60
Kohlrad	" "	1,—
Karotten ohne Kraut	" "	1,40
Ebene	" "	1,50
Schneidebohnen junge	" "	3,—
Salat je nach Größe der Kopf	40 bis 80	Pfg.
Salatgurken	das Stück	2,50 bis 5,00 Mt.

\*\* Lohnbewegungen. Man schreibt uns: Nachdem die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden der Hartbaustindustrie, Sitz Köln, dem Arbeitgeberverband für die mittlere Vahl für Kalk, Cement, Ton und Ziegelindustrie einerseits und den mitvertraglich stehenden christlichen und freien Arbeiterverbänden, die infolge der noch immer anhaltenden Teuerung eine entsprechende Lohnverfestigung forderten, zum Scheitern gekommen sind, werden nun die Verhandlungen vor dem Forum der Schlichtungsausschüsse weitergeführt. Wir hoffen, daß vorherrscht, um Ruhe und Ordnung im hiesigen Industriebezirk zu erhalten, ein gangbarer Weg zur Einigung gefunden wird und auch diesmal die neuen Beziehungsverträge baldigst zum Abschluß gelangen.

FC Die Ausübung der Jagd im besetzten Gebiet. Nach einer Entscheidung der H. C. J. T. R. können auch Jäger aus dem unbefestigten Gebiet im besetzten Gebiet Jagd ausüben. Sie müssen sich aber hierzu den in Artikeln 24 und 25 der Verordnung 3 vorgeschriebenen Waffen- und Munitionsschein beschaffen und zwar bei der Jagdpolizeibehörde desjenigen Kreises, in dem das Jagdrevier liegt. Auf Grund dieses Waffenscheins ist der Jäger berechtigt, eine Waffe aus dem unbefestigten Gebiet mit einzuführen, vorläufig jedoch, daß eine Beschreibung der Waffe und deren Nummer im Waffenschein angegeben sind.

\*\* Ein Drud fehlt entstellt in voriger Nr. d. Bl. die Rotis aus Sichen an dieser Stelle, wonach dort auf dem Trieb (Rödgener Landstraße) landwirtschaftliche Wagen usw. mit einem Preisnachlaß von 150—200 Mark und nicht bis 2000 Mark, wie fälschlich angegeben, an Kriegsbeschädigte verlaufen werden.

— Aus dem Oberlausitzkreis 11. Juli. Der vertraglose Zustand ist aufgehoben. Die von den Rassenmitgliedern während des vertraglosen Zustandes an die Kerze gezahlten Honorare werden von den unterzeichneten Rassen zurückvergütet, wenn die darüber ausgestellten Quittungen bis zum 25. d. Ms. vorgelegt werden. Also machen die Allgemeine Ortsstrafenkasse Weilburg, die Allgemeine Ortsstrafenkasse Aue und der Verein der Rassenärzte bekannt.

FC Langenselbach, 9. Juli. Die Stadtverordnetenversammlung wählte einstimmig den Stadtverordneten Markloff zum 1. Beigeordneten und erklärte sich bereit, den Plan zur Errichtung einer Autoline seitens der Postverwaltung von Nassau a. d. Lahn über Langenselbach nach Idstein zu unterstützen, eoll. mit einem Zuschuß beizuprägen, wenn das Unternehmen sich nicht rentieren sollte.

## **Gerichtsaal.**

FC Wiesbaden, 8. Juli. Der Milchstreit vor Gericht. Die Landwirte im Landkreis Wiesbaden, besonders in dem dazu gehörigen Ort Erbenheim, die im ganzen etwa 8000 Liter Milch täglich zu liefern haben, traten am 18. Mai d. Js. in den Milchstreit, da sie eine Erhöhung je Liter Milch auf zwei Mark von der Stadt Wiesbaden forderten. Dieser Streit wurde aber binnen vier Stunden beigelegt, da der Magistrat der Stadt die Erhöhung, wenn auch unter Protest, im Interesse der Bevölkerung bewilligte. In dem Moment schneideten die täglichen Milchquantitäten in Wiesbaden von 3700 Liter auf 6000 Liter in die Höhe. Am 23. Mai fanden Verhandlungen am Oberpräsi-

dium in Kassel statt, die den Milchpreis auf 1,50 Mark das Liter vom 4. Juni ab fixierten, jenseit der kurfürstlichen Landwirte und der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer in Wiesbaden, Landesökonomierat Hartmann-Lüdke-Bad Homburg diesen Preis für ausreichend erklärt. Die Folge war, daß die organisierte Bauernschaft in Erbenheim streikte. Die Stadt Wiesbaden geriet dadurch in eine mögliche Lage und der Magistrat mußte von Frankfurt a. M. 2000 Liter, aus Limburg 1200, später auch aus dem Freistaat Hessen 1000 Liter täglich heranschaffen, um die Krankenhäuser, die stillenden Mütter und die Kinder zu versorgen. Die übrigen Kantinen in der Stadt, besonders Krebs und Magenstrasse, gingen leer aus. Bis zum 24. Juni dauerte dieser Milchstreit, worauf die Landwirte zum alten Preis die Lieferung wieder bedingungslos aufnahmen. Da nach einer Verordnung des Landkreises Wiesbaden, sämtliche Milch, Butter und Fett von den produzierenden Landwirten restlos abzuliefern sind an sonst hohe Geld- bez. Gefängnisstrafen eintreten, erhob der Staatsanwalt Anklage gegen die Landwirte Louis Born, Heinrich G. Christ, Louis Wintermeier und Ernst Quint, sämtlich aus Erbenheim, diese aus den Hunderten von Streikenden herausgreifend. Die Sache stand heute vor der Strafkammer zur Behandlung, um eine gründliche Entscheidung in diesem Falle herbeizuführen und die übrigen Milchstreiter dann durch Strafbefehl zu belangen. In der Verhandlung wurde hervorgehoben, daß die Bestechungslosen unter Verwendung von Kraftfutter, auf 3,20 Mark pro Liter sich stellen, bei eigener Aufzucht ohne Kraftfutter, unter Verwendung von Grünfutter, Heu und Dicksilage, wie im Landkreis Wiesbaden, auf 2,12 Mark, bei Weidezüchterung wie in Württemberg, auf eine Mar. Die hiesige Landwirtschaftskammer, ausgenommen ihr Vorsitzender, hatte den Preis von zwei Mark pro Liter zugestimmt. Wegen Vergehen gegen die oben angezogene Verordnung des Landkreis Wiesbaden erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von je 500 Mark gegen die Angeklagten. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß, wenn auch andere, ja lebenswichtige Betriebe, um höhere Preise zu erzielen, stillgelegt werden, streiken, auch die Staatregierung logar zu Streiks auffordere, so durften die Angeklagten im vorliegenden Falle einen Streik nicht inszenieren, wenn auch ihre Forderung berechtigt, weil sie durch eine Verordnung zur Abfertigung verpflichtet waren.

FC Wiesbaden, 8. Juli. Vom Milchzucker! Wegen übermäßiger Preisforderung für Milchzucker hatte der Besitzer der hiesigen Börsenapotheke, Heinrich Dreesen, einen Strafbefehl erhalten, gegen den er Berufung einlegte. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei und bürde die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf, da eine übermäßige Preissteigerung für ein Nahrungsmittel nicht in Betracht komme, weil Milchzucker nicht ausschließlich Nahrungsmittel ist, bei ihm aber die Arzneientare bei Feststellung des Preises in Anwendung gebracht werden kann.

FC Wiesbaden 9. Juli. Das Mitglied des Kreiswirtschaftsamt im Rheingau, der Kaufmann Johann Sebastian Mayer in Erbach, hatte sechs Doppelzentner Zuder, die die Gemeinde Reudorf nicht annahm, für sich übernommen, aber mit einem Gewinn von 1200 Mark weiterverkauft. Das Wuchergericht nahm Mayer in eine Geldstrafe von 300 Mark.

## **Amtlicher Teil,**

(Nr. 157 vom 12. Juli 1920.)

### **Bekanntmachung.**

Auf Grund des § 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 31. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 1031) und der Ausführungsanweisung vom 16. Juni 1920 wird für den Kreis Limburg folgendes bestimmt:

Der Verlauf von Brotgetreide (Roggen, Weizen, Spelz, Dinkel, Eiweiß, Emmer und Einkorn), Gerste oder Hafer auf dem Halm ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Kommunalverbandes ist verboten.

Unter dieses Verbot fallen auch Veräußerungen im Wege freiwilliger Versteigerungen, sowie Pacht-, Miet- oder sonstige Verträge, die eine Umgehung dieses Verbots bezwecken.

Alle vor dem 26. Mai 1920 abgeschlossenen Verträge dieser Art sind nichtig (§ 4 der R. G. O. für die Ernte 1920).

Zum Verhandlungen gegen diese Bestimmung werden nach §§ 80, 81 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch der Versuch ist strafbar. Die verlaufen Früchte können ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen erklärt werden. Ist die strafbare Handlung gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so kann die Strafe auf Gefängnis bis zu 5 Jahren und auf Geldstrafe bis zu 100 000 Mark erhöht werden. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Limburg, den 8. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.  
Scheiben.

Ich ersuche die Herren Bürgermeister, vorliegende Bekanntmachung wiederholst auf ortsübliche Weise bekannt zu geben.

Limburg, den 8. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.  
Scheiben.

### **Bekanntmachung.**

Infolge der bestehenden Schwierigkeiten in der Viehauflistung hat die Bezirksleistungsstelle dem Kommunalverband Limburg zur Ergänzung der festgesetzten Fleischration eine bestimmte Menge amerikanischen Sped zugeteilt. Der Klein-Bezirks-Preis wird sich voraussichtlich auf höchstens etwa 12 Mark für das Pfund stellen. Die Ausgabe des Speds hat nur gegen Fleischstücke zu erfolgen. Vorauseitlich kann auf den Kopf der Versorgungsberechtigten ein Pfund ausgegeben werden.

Ich erufe die Herren Bürgermeister der Stadt- und Landgemeinden des Kreises bis spätestens zum Donnerstag, den 15. Juli, abends, dem Kreiswirtschaftsamt telefonisch (Nr. 322) mitzuteilen, für wieviel Versorgungsberechtigte die Zuteilung von Sped gewünscht wird. Fehlanzeige ist erforderlich.

Limburg, den 10. Juli 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

### **Katholische Gemeinde.**

Dienstag 7½ Uhr in der Stadtkirche feiert. Jahrmahl für Georg Stierstädtler, dessen Ehefrau Katharina geb. Zimmermann; um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahrmahl für Anna Maria Hillebrand.

**Statt Karten.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unseren besten Dank.

Landgerichtsrat Dr. Adolf Friedländer  
und Frau Lony geb. Kirsch.

Limburg, im Juli 1920. 3(157)

**Wekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.****Gemüse-Verkauf.**

Freitag den 16. Juli, nachmittags von 2—4 Uhr in der städt. Gemüseverkaufsstelle im Hospitalhofe Verkauf von **Kopfsalat, Karotten, Kohlrabi, Rote Rüben und Bussbohnen.** 2(157)

Städt. Lebensmittelamt.

**Gebührenordnung für Kanalbenutzung.**

Auf Grund des § 4 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Mai 1920 wird für die Stadt Limburg folgende Gebührenordnung für die Benutzung der allgemeinen städtischen Entwässerungsanlage erlassen.

§ 1.

Für Benutzung der allgemeinen städtischen Entwässerungsanlage ist eine jährliche Kanalbenutzungsgebühr zu entrichten, welche in der Form eines prozentualen Zuschlages zu der staatlich veranlagten Gebäudesteuer nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhoben wird.

Die Höhe des Zuschlages wird alljährlich durch Gemeindesteuerfestgelegt und in ortsüblicher Weise bekannt gemacht

§ 2.

Gebührenpflichtig sind alle an die städtische allgemeine Entwässerungsanlage angeschlossene Gebäude, für welche eine Benutzung der Entwässerungsanlage stattfindet.

Kirchen und andere öffentliche lediglich den gottedienstlichen Zwecken anerkannter Religionsgemeinschaften dienende Gebäude sind gebührenfrei. Bei Gebäuden, welche erst nach eingetreterener Benutzung an die allgemeine Entwässerung angeschlossen werden, tritt die Gebührenpflicht mit dem ersten des auf den Anschluß folgenden Monats ein.

§ 3.

Zur Zahlung der Gebühr ist der jeweilige Eigentümer der Gebäude verpflichtet, mehrere Eigentümer haften als Gesamtschuldner.

Die Verpflichtung zur Zahlung ruht dinglich auf dem Grundstück dergestalt, daß jeder spätere Eigentümer für die Bezahlung mit dem Grundstück haftet.

Die Zahlung der Gebühr hat in vierteljährlichen Teilstücken im voraus und zwar mit den übrigen städtischen Steuern zu erfolgen.

§ 4.

Die Benachrichtigung von der Gebührenveranlassung erfolgt durch Feststellung des Hebezettels.

Gegen die Verenlagung ist innerhalb einer Ausschlußfrist von 4 Wochen, beginnend mit dem ersten Tage nach der Bekämpfung der Benachrichtigung, der Einspruch bei dem Magistrat zulässig.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühr wird durch Einlegung eines Einspruches nicht aufgehoben.

§ 5.

Die Beiträgung der Gebühren erfolgt gemäß § 90 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 nach der Verordnung über Beiträgung im Verwaltungszwangverfahren vom 15. November 1899.

§ 6.

Diese Ordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Limburg, den 19. Mai 1920.

**Der Magistrat:**  
gez. Dr. Etzmann.

3(156)

Genehmigt.

Cassel, den 10. Juni 1920.

Namens des Bezirksausschusses  
B. A. 551/20. Der Vorsitzende  
(Siegel). J. B. gez. Unterschrift.

Wird hiermit veröffentlicht.

Die Gebühr ist für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 1 der Gebührenordnung durch Gemeindesteuer auf 75% der Gebäudesteuer festgesetzt worden.

Limburg a. L., den 8. Juli 1920.

**Der Magistrat**

**Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.**

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufsangebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unterliegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffentlichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche veröffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%. Die Verkäufer können bei der Festsetzung des Verkaufspreises hierauf Rücksicht nehmen.

**Limburger Anzeiger.**

**Freibank****Gegen Fleischkarten:**

Dienstag den 13. Juli, von 10½—12 Uhr vormittags von Karten Nr. 401—800 und von 2—3½ Uhr nachmittags von Karten Nr. 801 bis 1300 Es werden pro Familie bis 2 Pfd. abgegeben. Preis à Pfd. M. 5 und 6. 5(157) Schlachthofverwaltung.

**Lehrjungen**

für sofort gefürd. 4(157)  
Schmiedemstr. Milbinger,  
Staffel (Lahn).

**Großer politischer Nachrichtendienst  
Vossische Zeitung Berlin**

Monatlicher Bezugspreis  
M. 14.—

**Handwerker Gewerbetreibende**

allgemeine Auskunft, Rat und Hilfe  
in allen Angelegenheiten:  
Wirtschaftsfragen  
Rohstoffbeschaffung  
Technische Beratung  
Steuerberatung  
Rechtsfragen  
Technisches Rat  
Forderungen  
Buchführung

durch die Geschäftsstelle  
des Kreisverbands  
für Handwerk und  
Gewerbe  
Limburg a. d. Lahn  
im Schloss Forst 309

**Arbeitsbücher**

zu haben in der  
Kreisblatt-Druckerei.

**Feldhüter-Anzeigebücher**

mit Dienstanweisung,  
Feldhüter-Anzeigeformulare  
nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der  
Kreisblatt-Druckerei.

**Büfften, Büber, Gimer  
und Buttermaschinen**

in allen Größen vorrätig. 3(150)

**Karl Gemmer, Limburg (Lahn)**  
Käferei, Austr. I Nr. 4 Hinter der Turnhalle.

**Zur gesl. Beachtung!****Steuer-Kartenblätter**

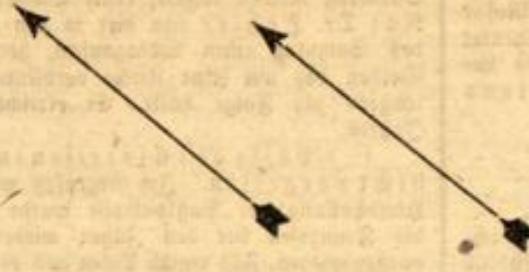
nach amtlicher Vorschrift  
nur zu haben in der

**Kreisblatt-Druckerei.****Brauchen Sie Drucksachen**

Wir fertigen Ihnen an in geschmackvoller Ausführung: Briefbogen und Kaverts, Rechnungsformulare, Rechnungsansätze, Mahnbriefe, Mitteilungen, Postkarten u. Reise-Avise, Quittungsformulare, Lieferscheine, Lieferscheinbücher, Wechselseitige, Verlobungs-Anzeigen, Hochzeits- und Trauer-Anzeigen, Wein- u. Speisekarten, Adress- u. Visitenkarten, Preislisten, Zirkulare, Vergnügungseinladungen, Programme, Frachtbriefe, Paketadressen, Aufklebezettel, Wiegesscheine, Reklamezettel, Prospekte. Preise billigst. — Auf Wunsch Entwurf-Antertigung.

**Schlinck's Verlag**

Limburger Anzeiger, Inhaber Moriz Wagner  
Gegründet 1828. Brückengasse 11. Tel. 82.

**neue Fahrräder**

Marke „Opel“

zu M. 950 p. Stück

abzugeben (mit erstkl. neuem **Gummi** u. **Torpedo**). 17(156)

**Gebrauchte Räder sind stets sehr  
billig am Lager.**

**Wahl & Kircher**  
**Kettenbach-Bahnhof.**

**Deutsche Warte**

Tageszeitung  
für Lebens-, Wirtschafts- und  
Bodenreform  
mit den Beiblättern  
Land- und Hauswirtschaft — Gesund-  
heitswarte — Jugendwarte — Der  
Sonntag — Frauenzeitung und täg-  
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

**Stukkateure und Puker**

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Stundenlohn 6,45 M.  
Christian Longert, Essen,  
Irmgardstraße 11. 18(156)